

URGENT ACTION

ANHALTENDE WILLKÜRLICHE INHAFTIERUNG

SÜDSUDAN

UA-Nr: **UA-143/2018-1** Al-Index: **AFR 65/9720/2019** Datum: **25. Januar 2019** – ar

PETER BIAR AJAK, südsudanesischer Aktivist

Peter Biar Ajak, ein bekannter südsudanesischer Akademiker und Aktivist, wird seit beinahe sechs Monaten willkürlich vom Nationalen Sicherheitsdienst NSS festgehalten. Er ist immer noch nicht angeklagt oder vor Gericht gestellt worden. Seit dem 7. Oktober 2018 verweigert man ihm zudem den Zugang zu seinen Rechtsbeiständen. Seit er sich in Haft befindet, durfte er nur sporadisch Besuch von seiner Familie erhalten.

Peter Biar Ajak ist der Vorsitzende des *South Sudan Young Leaders Forum*. Er wurde am 28. Juli 2018 vom Nationalen Sicherheitsdienst NSS am Internationalen Flughafen von Juba festgenommen und wird seither willkürlich in Haft gehalten. Er befand sich am Flughafen, weil er nach Aweil zu einem von ihm organisierten Jugendforum reisen wollte.

Die Gründe für die Festnahme und Inhaftierung von Peter Biar Ajak sind unklar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass seine Festnahme mit dem Jugendforum in Verbindung stehen könnte, das er in Aweil abhalten wollte. Zudem ist er ein scharfer Kritiker der südsudanesischen Regierung. Sechs Monate nach seiner Inhaftierung ist Peter Biar Ajak immer noch nicht vor Gericht gestellt worden. Er ist bislang auch keiner Handlung angeklagt worden, die nach dem Völkerrecht und internationalen Standards eine Straftat darstellt. Seit es am 7. Oktober 2018 im Gefängnis zu Unruhen kam, weil Inhaftierte bessere Haftbedingungen und ein faires Verfahren forderten, verweigert man ihm zudem den Zugang zu seinen Rechtsbeiständen.

Peter Biar Ajak darf zwar ab und zu Besuch von seinen Familienangehörigen in der NSS-Zentrale in Juba erhalten, doch der Zugang zu seiner Familie ist alles andere als regelmäßig. Seine Angehörigen berichteten Amnesty International, dass Peter Biar Ajak seit seiner Inhaftierung erheblich an Gewicht verloren hat.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Seit Beginn des bewaffneten Konflikts im Südsudan im Dezember 2013 wurden bereits mehrere Hundert Menschen, überwiegend Männer, beim Nationalen Sicherheitsdienst NSS und dem militärischen Geheimdienst in verschiedenen über die Hauptstadt Juba verteilten Hafteinrichtungen inhaftiert. Viele der Inhaftierten werden von den Behörden als „politische Gefangene“ eingestuft. Ihnen wird zur Last gelegt, mit der politischen Opposition kommuniziert oder sie unterstützt zu haben.

Amnesty International hat in einer Vielzahl von Hafteinrichtungen zahlreiche willkürliche Inhaftierungen durch den NSS dokumentiert. In diesen Gefängnissen werden die Insassen häufig gefoltert und in anderer Weise misshandelt – einige werden ohne Kontakt zur Außenwelt und ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand und ihren Familienangehörigen festgehalten. Andere sind dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen. In der Zentrale des NSS im Stadtteil Jebel schlafen die meisten Gefangenen auf dem Boden. Manche Inhaftierte sind geschlagen worden, vornehmlich während ihrer Verhöre oder als Form der Bestrafung. Durch die schlechten Haftbedingungen und den mangelnden Zugang zu medizinischer Versorgung verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Gefangenen häufig sehr.

Seit den Zusammenstößen zwischen der Regierung und den Oppositionskräften in Juba im Juli 2016 geraten Menschen, die als Teil der Opposition betrachtet werden, immer mehr ins Visier. Dies ist Teil des zunehmend brutalen Vorgehens der Regierung gegen vermeintliche und tatsächliche Regierungsgegner_innen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE2337020500008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Die politische Stimmung im Südsudan lässt immer weniger Kritik an der Regierung und ihrer Politik zu. Es kommt zu Einschüchterungen, Schikane und Inhaftierung von zivilgesellschaftlich engagierten Personen, Menschenrechtsverteidiger_innen und unabhängigen Journalist_innen. Dies wiederum erzeugt ein Klima der Selbstzensur in den Medien und bei Menschenrechtsverteidiger_innen; die Menschen fühlen sich durch die engmaschige staatliche Überwachung nicht mehr in der Lage, frei und offen über den anhaltenden Konflikt im Land zu sprechen.

SCHREIBEN SIE BITTE

LUFTPOSTBRIEFE, E-MAILS, FAXE ODER TWITTERNACHRICHTEN MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte lassen Sie Peter Biar Ajak umgehend frei, wenn Sie ihm – in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und internationalen Standards – keine erkennbar strafbare Handlung zur Last legen können.
- Sorgen Sie bitte dafür, dass er in Haft weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird.
- Bitte stellen Sie sicher, dass Peter Biar Ajak bis zu seiner Freilassung regelmäßigen Zugang zu seiner Familie, seinen Rechtsbeiständen und jeder nötigen Gesundheitsversorgung erhält.

APPELLE AN

PRÄSIDENT DER REPUBLIK SÜDSUDAN

Salva Kiir Mayardit
Office of the President
Presidential Palace
Juba
SÜDSUDAN

(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)

Twitter: @RepSouthSudan und **@PresSalva**

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK SÜDSUDAN

I. E. Frau Beatrice Khamisa Wani Noah
Leipziger Platz 8, 10117 Berlin

Fax: 030 – 206 445 91 9

E-Mail: info@embassy-southsudan.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch, Arabisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **8. März 2019** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-143/2018** (AFR 65/8853/2018, 31. Juli 2018)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Urging the government to ensure Peter Biar Ajak is released immediately or charged with a recognizable criminal offence in accordance with international law and standards.
- Asking them to ensure that Peter Biar Ajak is not subjected to torture or other ill-treatment while in detention.
- Urging them to ensure that Peter Biar Ajak is granted regular access to his family, his lawyers and any healthcare he may require.

AMNESTY
INTERNATIONAL

